

**Protokoll über die öffentliche Sitzung des Stadtteilbeirats Findorff am 19. September 2023
im Ortsamt West, Waller Heerstraße 99, 28219 Bremen**

Beginn der Sitzung: 19.00 Uhr
Ende der Sitzung: 22.15 Uhr

Nr. XIV/2/23

Anwesend sind:

Anke Bittkau	Kevin Helms	Oliver Otwiaska
Markus Conrad	Oliver Jäger	Svenja Rohlfing
Stefan Dilbat	Dr. Martin Korol	Pia Straßburger
Beatrix Eißen	August Kötter	Christian Weichelt
Katrin Grosch	Luca Müller	

Verhindert ist:
Florian Schachtsiek

Gäste:

Lea Albrecht, comeback gGmbH (online)
Eva Carneiro Alves, Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz
Dr. Petra Kodré, Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration
Eileen Bumann, Innere Mission Bremen
Axel Brase-Wenzell, Innere Mission Bremen
Tobias Kister, Forum-L
Klaus Pramann, Blaue Karawane e.V.
ca. 20 interessierte BürgerInnen

Die vorgeschlagene Tagesordnung lautet wie folgt:

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr. XIV/1/23 vom 27.06.2023

TOP 3: Anträge, Anregungen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten
a) Jugendbeteiligung b) Bevölkerung c) Seniorenvertretung d) Beirat

**TOP 4: Sicherheit / Umgang mit DrogenkonsumentInnen am Hauptbahnhof /
Drogenkonsumraum / akzeptierter Aufenthaltsort Friedrich-Rauers-Straße**

Dazu: Lea Albrecht, comeback gGmbH
Eva Carneiro Alves, Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz
Referent:in, Senator für Inneres (angefragt)
Dr. Petra Kodré, Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und
Integration
Referent:in, Senator für Inneres (angefragt)

TOP 5: Vorstellung „Zentrum für seelische Gesundheit im Bremer Westen“

Dazu: Klaus Pramann, Blaue Karawane e.V.
Tobias Kister, Blaue Karawane e.V.
Ulrich Wesseloh, Arbeitskreis „Neue Psychiatrie im Bremer Westen“

TOP 6: Bericht der Beiratssprecherin / Berichte aus dem Stadtteil

TOP 7: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Beirat ist beschlussfähig.

Die Tagesordnung wird beschlossen. Die Tagesordnungspunkte 4 und 5 werden vorgezogen und direkt nach TOP 3 a) behandelt.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr. XIV/1/23 vom 27.06.2023

Das Protokoll der Sitzung vom 27.06.2023 wird genehmigt.

TOP 3: Anträge, Anregungen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten**a) Jugendbeteiligung**

Pia Straßburger berichtet, dass das Jugendforum eine neue pädagogische Begleitung benötigt.

b) Bevölkerung

- Bürgerantrag „Parkfrieden“

Es liegt ein Bürgerantrag zur Beschäftigung des Beirats mit dem Thema „Parkfrieden“ und der Formulierung einer Anfrage an die zuständige Senatorische Dienststelle vor.

Da ein Antrag des Beirates mit genau diesem Inhalt bereits vorliegt, ist der Bürgerantrag als gegenstandslos zu betrachten.

- Bürgerantrag „Selbstverpflichtung des Beirates und der Fraktionen“

Es liegt ein Bürgerantrag vor, der darauf zielt, die Beiratsfraktionen im Rahmen einer Selbstverpflichtung zur Veröffentlichung von Terminen auf den im Antrag näher bezeichneten Internetseiten bzw. in den sozialen Medien zu verpflichten. Der Beirat weist darauf hin, dass der Beirat nicht beschließen kann, die Parteien zu einem solchen Verhalten zu verpflichten. Der Antrag ist somit hinfällig.

- Bürgerantrag „Aufstellen von Bänken am Blumenweg/ Weidedamm“

Es wird ein Bürgerantrag auf die Aufstellung von Bänken für SeniorInnen am sog. Blumenweg gestellt. Der Antrag wird an den Fachausschuss Bau, Klima, Umwelt und Verkehr weitergeleitet.

- Bürgerantrag „Pfähle an der Magdeburger Straße ersetzen“

Es wird ein Bürgerantrag auf das Ersetzen der kürzlich zum Zwecke des Baumschutzes in der Magdeburger Straße durch Fahrradbügel gestellt. Ein sachkundiger Bürger weist außerdem darauf hin, dass die Pfähle hässlich seien. Das Anliegen wird an den Fachausschuss Bau, Klima, Umwelt und Verkehr weitergeleitet.

- Bürgerantrag „Packstation Hamelner Straße“

Dem Ortsamt liegen zum Zeitpunkt der Sitzung acht Bürgeranträge vor, in denen AnwohnerInnen der Hamelner Straße um Unterstützung bitten, da in der Straße eine Packstation errichtet werden soll und dadurch stärkerer Autoverkehr befürchtet wird. Eine Rückfrage im Referat 62- Bauordnung hat ergeben, dass Packstationen zum einen gem. § 61 abs. 1 Nr. 12 b der BremLBO verfahrensfrei sind. Eine Genehmigung ist nicht erforderlich. Zum anderen scheint es so, als wäre die Aufstellung auf dem privaten Grund einer Wohnungsbaugesellschaft beabsichtigt. Es handelt sich somit nicht um eine Beiratsangelegenheit. Die AnwohnerInnen werden durch das Ortsamt informiert.

- Bürgerantrag „Aufkleber mit rechtsgerichtetem Inhalt“

In der Hemmstraße und den anliegenden Straßen wurden in den letzten Wochen vermehrt Aufkleber mit rechtsgerichtetem Inhalt an Straßenlaternen, Ampeln etc. gesichtet. Es wird um eine Positionierung des Beirats gebeten. Der Fachausschuss Soziales hat sich in der Sitzung am 12.09.2023 schon eindeutig positioniert und erklärt, dass der Stadtteil für Weltoffenheit steht und sich gegen jede Form von Rassismus und rechtsgerichteter Propaganda ausgesprochen. Der Beirat schließt sich dieser Positionierung vollumfänglich an.

c) Seniorenvertretung

Es gibt keine Anliegen.

d) Beirat

- Benennung von zwei VertreterInnen für die Seniorenvertretung
Der Beirat benennt als Abgesandte für die Seniorenvertretung:
Norbert Spleet (parteilos)
Karin Grohn (SPD)
Die Benennung erfolgt einstimmig.
- Bildung eines Regionalausschusses zur Mitarbeit an dem Projekt „Bahnwerkstatt“ (Anlage 1)
Die Beiräte Findorff, Walle und Mitte sind aufgefordert worden, Abgesandte zur Teilnahme an einem Regionalausschuss zur Weiterentwicklung der zurzeit ungenutzten Bahnfläche zwischen den Stadtteilen zu benennen. Aus jedem Stadtteil sollen sieben Abgesandte teilnehmen. Der Regionalausschuss soll zweimal im Jahr tagen. Es wird nur ein Austausch erfolgen und weder Entscheidungen getroffen noch Beschlüsse gefasst werden.
Der Beirat beschließt einstimmig die Bildung eines Regionalausschusses.
Die Fraktionen werden Ihre Abgesandten im Nachgang benennen.
- Erhöhung der Globalmittel (Anlage 2)
Der Antrag wird einstimmig beschlossen und soll zur Vorlage an die Beirätekonferenz weitergeleitet werden.
- Neuordnung Ruhender Verkehr (Anlage 3)
Der Antrag wird erläutert. Es wird berichtet, dass es keine neuen Informationen aus der Bürgerschaft gibt. Die Senatorin habe um eine Antwortfrist bis November 2023 gebeten.
Der Antrag wird mit sieben Ja- Stimmen, 3 Nein-Stimmen und vier Enthaltungen beschlossen.
- KOPs Antrag Die Linke (Anlage 4b) / KOPs Antrag CDU (Anlage 4a)
Die Beiratssprecherin berichtet zur Debatte aus der Beirätekonferenz. Der Beirat rügt, dass er nicht vorab in Entscheidungen betreffend den Einsatz der KOPs aus dem Stadtteil einbezogen wurde. Derzeit stehen für Findorff vier Stellen für KOPs bereit. Drei Stellen sind besetzt.
Der Beirat beschließt über die Fragen aus den Anträgen einzeln wie folgt:
Entwurf Die Linke:
Punkt 1: 10 Zustimmungen, vier Enthaltungen
Punkt 2: 10 Zustimmungen, vier Enthaltungen
Punkt 3: einstimmig
Entwurf CDU:
Frage 1: Fünf Zustimmungen, 9 Enthaltungen
Frage 2: Fünf Zustimmungen, 9 Enthaltungen
Frage 3: einstimmig.
Es sollen somit alle Fragen aus beiden Anträgen weitergeleitet werden.

Der Entwurf der Fraktion der Linken formuliert zudem einen weiteren Fragenkatalog. Der Beirat beschließt einstimmig, diesen Fragenkatalog in den Fachausschuss Wirtschaft, Kultur, Inneres und Sport weiterzuleiten, in dem in der Sitzung am 26.09.2023 der Fragenkatalog auf Aktualität überprüft und weiter ausgearbeitet werden soll.
- Hybridsitzungen Beirätekonferenz (Anlage 5)
Der Beirat beschließt den Antrag einstimmig und bittet um Weitergabe an die Beiräte in Walle und Gröpelingen, damit der Antrag mit drei Beschlüssen aus dem Bremer Westen in die Beirätekonferenz eingebracht werden kann.

- SPD Entlastung Kanalisation (Anlage 6)
Die Linke formuliert die folgende Ergänzung des Antrags: „Der Beirat fordert Hansewasser auf, neues Personal für die Beratungsangebote einzustellen.“
Die Ergänzung wird mit zwei Zustimmungen, drei Enthaltungen und 9 Ablehnungen abgelehnt.
Der ursprüngliche Antrag wird einstimmig beschlossen.
Das Ortsamt wird klären, welches Ressort zuständig ist.
- Die Linke Taubenfütterungsverbot (Anlage 7)
Der Antrag wird mit der vorgetragenen Ergänzung einstimmig beschlossen.
- Toiletten Friedrich-Rauers-Straße (Anlage 8)
Der Antrag wird einstimmig beschlossen.
- Änderung Geschäftsordnung (Anlage 9)
Beantragt wird eine Änderung des § 3 der Geschäftsordnung des Findorffer Stadtteilbeirates mit folgender Ergänzung:
„(3) Sitzungen des Beirates sowie die Fachausschüsse sollten in erster Linie im Stadtteil Findorff und hybrid durchgeführt werden.“
In einem vorab durchgeführten Arbeitstreffen der Fraktionssprecher wurden weitere Änderungswünsche behandelt. Diese werden nicht beantragt.
Der Beirat wurde darauf hingewiesen, dass die Geschäftsordnung den Beirat bindet und nicht das Ortsamt und dass das Ortsamt dennoch aus eigenem Antrieb die gewünschte Durchführung im Stadtteil und in hybrider Form bereits umsetzt, sofern dieses sinnvoll und durchführbar ist.
Der Beirat wird darauf hingewiesen, dass der Antrag nicht in Antragsform vorliegt.
Der Beirat nimmt beide Hinweise zur Kenntnis und stimmt über den Antrag ab.
Der Antrag wird mit 13 Zustimmungen und einer Enthaltung beschlossen.

TOP 4: Sicherheit / Umgang mit DrogenkonsumentInnen am Hauptbahnhof / Drogenkonsumraum / akzeptierter Aufenthaltsort Friedrich-Rauers-Straße

Frau Alves erläutert zunächst die Problematik der Crackszene am Bremer Hauptbahnhof sowie die Probleme der drogenkranken Menschen und den Hintergrund der Einrichtung sogenannter Toleranzorte.

Die Crackszene am Hauptbahnhof in diesem Ausmaß hat sich in den letzten Jahren entwickelt. Zum einen besteht der Eindruck, dass es mehr KonsumentInnen gibt, was sich eventuell dadurch erklären lässt, dass auch durch die coronabedingten Einschränkungen und Erkrankungen der letzten Jahre bei vielen Menschen problematische Lebensverhältnisse dazu geführt haben, dass ein erhöhter Konsum zur Flucht aus dem Alltag oder vor anderen Problemen genutzt wurde. Zum anderen bieten Bahnhöfe schon immer die Möglichkeit, in der Masse unterzugehen und nicht gesehen zu werden. Als Stadtstaat hat Bremen auch zu diesem Thema eine größere Betroffenheit aufzuweisen. Viele Menschen, die sich am Hauptbahnhof aufhalten, befinden sich in prekären Lebenslagen und treffen sich daher dort. Auch der Kälte-/ Wärmebus und der Nelson-Mandela-Park sind beliebte Treffpunkte. Hintergrund der meisten Maßnahmen der letzten Monate ist, dass die Menschen sich nicht durchgängig an den Haltestellen aufhalten sollen, da dieses für anderen NutzerInnen des ÖPNV zu schwierigen und sogar als bedrohlich empfundenen Situationen führen kann. Menschen, die ohne festen Wohnsitz sind, Drogen konsumieren oder in anderen prekären Lebenslagen sind, müssen sich dann allerdings an anderen Orten aufhalten. Nach einer Unterbrechung soll der Wärmebus nach dem Freimarkt wieder zwischen 8.00 und 20.00 auf der Bürgerweide stehen und den Menschen als Anlaufstelle dienen.

Frau Albrecht berichtet von den aktuellen Angeboten im akzeptierten Aufenthaltsort Friedrich-Rauer-Straße. Insgesamt bietet der Aufenthaltsort die Möglichkeit, Drogen in einem sicheren Umfeld zu konsumieren und sich beraten zu lassen. Es gibt sechs Konsumräume. Damit ist der Ort an der Kapazitätsgrenze. Während der Geschäftszeiten sind MitarbeiterInnen verschiedener Professionen vor Ort, insbesondere SozialarbeiterInnen, aber auch medizinisch ausgebildete

MitarbeiterInnen. Vor kurzem wurde eine Ruhe- und Regenerationsraum eröffnet, in dem Menschen sich bei Bedarf zurückziehen und erholen können. Der Raum soll einen „Safe Place“ neben Straße und Akzeptanzort bieten und wird gut angenommen. Durch Comeback e.V. wird Streetwork mit verschiedenen Ansätzen geleistet. Die Ansprache soll niedrigschwellig erfolgen, indem die Menschen dort abgeholt werden, wo sie sich in ihren Leben befinden. Wenn Sie bereit für Beratungen oder Maßnahmen sind, werden sie unterstützt. Bis dahin ist der Ansatz, beim täglichen Überleben zu unterstützen, indem sichere Orte und Ansprechpartner angeboten werden.

Der Vorteil des Akzeptanzortes an diesem Stadtpunkt ist, dass die Fläche bereits erschlossen ist. Der Träger Comeback ist bei den potentiellen Klienten gut bekannt.

Auch auf der Akzeptanzfläche kommt es zu Konflikten unter den NutzerInnen, da die Szene groß und divers ist. Gewisse Regeln, die einzuhalten sind, setzt sich die Szene in der Regel selbst und kontrolliert soweit möglich auch die Einhaltung.

Zeitlich ist das Angebot des Regenerationsortes bis Ende des Jahres gesichert. Die Nutzung einer anderen Immobilie, auch als Zwischenzeitnutzung, ist noch in Planung.

Es gibt aktuell keinen extra benannten Ruheraum für Frauen oder diverse Menschen. Es gibt jedoch einen Schutzraum für alle Menschen, die das Bedürfnis nach besonderem Schutz verspüren. Dabei kann es sich auch um Männer handeln.

Eine genaue Zahl, wie viele Menschen in Bremen illegale Drogen, insbesondere Crack, konsumieren, ist nicht bekannt, da keine statistischen Erhebungen, z.B. bei Ärzten oder Hilfseinrichtungen erfolgen. Aufgrund einer vermutet hohen Dunkelziffer wäre eine solche Erhebung auch nicht verlässlich. Insgesamt kann gesagt werden, dass die Konsumentenzahlen steigend sind und viele Menschen keinerlei Sozialleistungen erhalten, somit also auch keine finanziellen Mittel zur Verfügung haben und die ärztliche Versorgung nicht über die Krankenkassen abgesichert ist. Zudem werden häufig Übersetzer und Sprachmittler benötigt. Es gibt in Bremen zwar ein ausdifferenziertes Hilfesystem, an dem aber viele verschiedene Stellen beteiligt sind. Ein zentrales „Drogenreferat“ wie z.B. in Frankfurt/ M. gibt es nicht. Auch die Hilfeleistungen richten sich nach verschiedenen sozialrechtlichen Grundlagen.

Das Kollektiv Zucker e.V., das derzeit das ehemalige „Papageienhaus“ in Zwischennutzung für Kunstprojekte nutzt, erklärt, dass es teilweise Probleme gibt, da sich drogenkranke Menschen auf dem Gelände aufhalten und dieses den NutzerInnen und BesucherInnen des Gebäudes oft unangenehm ist, auch da oft offen Drogen konsumiert und Spitzen zurückgelassen werden. Der Bau eines Zaunes könnte bereits helfen. Häufig übernachteten Menschen auch auf dem Gelände und gerade vor dem Hintergrund der baldigen kalten Jahreszeit machen sich die MitarbeiterInnen auch Sorgen um die Menschen.

Ein Anwohner fragt nach Verhaltensempfehlungen, um sich nicht selbst in Gefahr zu bringen und gleichzeitig die Menschen zu respektieren. Aus Erfahrung wird geraten, einander in Ruhe zu lassen. Bei eindeutigem Hilfebedarf sollte Hilfe gerufen werden. Dabei sollte wie in allen Lebenssituationen immer auch an die Eigensicherung gedacht werden. In der Regel möchten die Menschen einfach ihre Ruhe haben.

Der Beirat behandelt einen Antrag auf die Einrichtung weiterer Toiletten vor Ort, da bisher z. B. keine abschließbaren Toiletten oder eine Damentoilette vor Ort sind. Ein ähnlicher Antrag wurde bereits über den Fachausschuss Soziales gestellt. Dieser erhielt aber keine zufriedenstellende Antwort des Ressorts. Der Antrag wird einstimmig beschlossen (sh. auch Anlage 8).

TOP 5: Vorstellung „Zentrum für seelische Gesundheit im Bremer Westen“

Herr Pramann und Herr Kister erläutern das Konzept anhand einer Power Point Präsentation (Anlage 10).

Ziel der Einrichtung ist die Umwandlung des Schwerpunktes von stationären auf ambulante Therapieformen. Zusätzlich sollen auch „Krisenbetten“ angeboten werden. Insgesamt soll es sich um ein niedrigschwelliges Angebot handeln, mit dem das Angebot im Bremer Westen deutlich erweitert und verbessert werden soll.

Herr Kister erläutert das bauliche Konzept. Die Machbarkeitsstudie wird aktuell erstellt. Ein vorhabenbezogener Bauplan ist erforderlich, da am gewünschten Standort bisher noch kein Baurecht besteht.

Genaue Kosten können derzeit noch nicht benannt werden. Ein Bauträger hat Interesse, es müssen jedoch noch verschiedene Beschlüsse gefasst und ein Strategieplan festgelegt werden.

Die Geno wird voraussichtlich Hauptmieterin des Gebäudes. Ohne einen sozialen Träger kann das Konzept jedoch nicht umgesetzt werden. Eine Realisierung ist nur im Zusammenhang mit Wohnbebauung möglich. Auch pädagogisch ist eine gemischte Nutzung sinnvoll.

Die Behandlung von Kindern und Jugendlichen ist im Konzept bisher nicht vorgesehen. Für Alleinstehende wird die Möglichkeit bestehen, auch Unterstützungspersonen zu benennen und mitzubringen, da dieses häufig gewünscht wird. Der Personalausstattung soll das BRAVO-Konzept zugrunde gelegt werden. Der Schwerpunkt wird auf Home Treatment liegen. Im Bremer Osten wird mit dieser Methode bereits begonnen, die dort vorhandenen Plätze reichen jedoch nicht aus. Für die Budgetplanung ist eine regionale, nicht nur eine individuelle Planung erforderlich.

Der Beirat unterstützt das Projekt weiterhin (Anlage 11).

TOP 6: Bericht der Beiratssprecherin / Berichte aus dem Stadtteil

Zur Sprecherin der Beirätekonzferenz wurde Edith Wangenheim (Beirat Woltmershausen) gewählt. Die Wahl der Stellvertretung steht noch aus.

In der Beirätekonzferenz wurde über den geplanten Einsatz der KOPs in den Stadtteilen berichtet. Es wird kritisiert, dass die Beiräte nicht vorab in die Planungen einbezogen wurden.

TOP 7: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

Der Findorffer Stadtteilbeirat hat sich kurzfristig erfolgreich um eine Teilnahme am Projekt „Fußverkehrsscheck 2023“ beworben. Am 22.09.2023 wird ein Auftaktworkshop mit den teilnehmenden Beiräten in den Räumen der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung stattfinden. Ortsamt und Beirat werden im Laufe des Verfahrens weiter berichten.

Eine Anwohnerin fragt, ob die Verkehrsregelungen des Amtes für Straßen und Verkehr (ASV) für die Freimarktszeit bereits bekannt sind. Nach den bisherigen Mitteilungen erfolgen in der Findorffstraße und den angrenzenden Wohnstraßen dieselben Umleitungen, die in den letzten Jahren eingerichtet wurden.

Vorsitz:

Sprecherin:

Protokoll:

- Cornelia Wiedemeyer -

- Svenja Rohlfing -

- Christina Contu –

Anlagen

Beschluss des Beirats Findorff
zur Einsetzung eines Regionalausschusses

Der Beirat Findorff beschließt gemäß § 24 Abs. 1 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter die Einsetzung eines Regionalausschusses „Güterbahnhof“. Der Beirat Findorff entsendet sieben Personen in den Ausschuss.

Einstimmig beschlossen anlässlich der Beiratssitzung am 19.09.2023

Vorläufiges Protokoll

Haushaltsantrag des Beirates Findorff

Angemessene inflationsbedingte Erhöhung der Beiratsglobalmittel

Gem. § 8 Abs. 4 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter zum Haushalt 2024/2025

Der Stadtteilbeirat Findorff hat anlässlich seiner Sitzung am 19.09.2023 einstimmig beschlossen, die Senatskanzlei aufzufordern, die stadtteilbezogenen Globalmittel, die vom Beirat zur Unterstützung von Einrichtungen und Projekten im Stadtteil verwendet werden, hinsichtlich der aktuellen Inflationslage in angemessener Weise zu erhöhen.

Die Beirätekonferenz wird gebeten, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen.

Begründung

Die Globalmittel werden vom Beirat vor allem zur Förderung von Projekten und Veranstaltungen vergeben. In diesem Bereich stellt vor allem der starke Anstieg der Energiekosten ein Risiko für Trägerinstitutionen dar und kann dazu führen, dass geplante Budgets nicht ausreichen. Dementsprechend liegen erste Ankündigungen, dass im Rahmen von Globalmittelanträgen höhere Summen beantragt werden, bereits im Ortsamt West vor.

Bremen, den 19.09.2023

Vorläufiges Protokoll

Beschluss des Stadtteilbeirates Findorff

Mit der Neuordnung des ruhenden Verkehrs beginnen

Der Beirat Findorff fordert die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung auf, auf der Basis des vom vorherigen Beirat beschlossenen Konzeptes (1) und unter Berücksichtigung des Koalitionsvertrages (Seiten 108, 109) mit der Neuordnung des ruhenden Verkehrs in dem besonders belasteten Gebiet in Findorff unverzüglich zu beginnen.

Um alternative Parkmöglichkeiten zu schaffen, fordert der Beirat prüfen zu lassen, ob ein Teil der Bürgerweide als Parkraum für Anwohnende dauerhaft mit einem Anwohnerarif reserviert werden kann. Von dieser Regelung sollten auch die Geschäftsleute und Gewerbetreibende in dem betroffenen Gebiet und deren Angestellte begünstigt werden.

Begründung:

Der vorherige Beirat hatte sich zuletzt ausführlich in der Beiratssitzung am 21.02.2023 mit der Ordnung des ruhenden Verkehrs in dem besonders belasteten Quartier beschäftigt und einem von Innensenator Mäurer vorgelegten Konzept zugestimmt. Seitdem sind keine Schritte unternommen worden, um die Situation zu verbessern. Der aktuelle Beirat in Findorff fordert ein Wiederaufnehmen der Bearbeitung. Und verweist auf den Beschluss des Fachausschusses Bau vom 21.03.2023 (2).

(Mehrheitlicher Beschluss des Stadtteilbeirates Findorff in der Sitzung vom 19.09.2023)

Vorläufiges Protokoll

Beschluss des Stadtteilbeirates Findorff

Der Beirat Findorff

1. fordert den Senator für Inneres und Sport auf, die seit Jahren versprochenen 4 Kontaktpolizisten-Stellen (KOPs) in Findorff zeitnah zu schaffen und bei derzeitigen Vakanzan umgehend neu zu besetzen;
2. fordert den Senator für Inneres und Sport des Weiteren auf, die KOPs ausschließlich entsprechend ihrer ursprünglichen Kernaufgaben (Betreuung der Stadtteile, polizeiliche Präventionsarbeit, Ansprechpartner für die Stadteilbewohner etc.) in den Stadtteilen einzusetzen und nicht für anderweitige Polizeikernaufgaben wie Anzeigenbearbeitung, Verkehrssach-bearbeitung oder Wehnachtsmarktinsätze abzuziehen;
3. erwartet, dass die Senatskanzlei alle Senatsressorts ausdrücklich auf die in § 31 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter beschriebenen Beteiligungs- und Informationsrechte hinweist und diese auch von ihnen einfordert.

Begründung:

Die Kontaktpolizisten leisten in den Ortsteilen und Quartieren unserer Stadt eine wichtige Arbeit, fungieren als soziales Bindeglied und direkter Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger. In alltäglichen Fragen der Sicherheit, bei kleineren Konflikten und der Verbrechensprävention sind sie vor Ort. Sie zeigen in ihrem Wirken u. a. deutliche Präsenz auf der Straße und erhöhen somit sowohl das subjektive Sicherheitsempfinden unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger als auch die objektive Sicherheit im Stadtteil. Eine weitere Reduzierung dieser wichtigen Arbeit ist den Menschen in unserem Stadtteil schlicht nicht zu vermitteln.

Der Senator für Inneres und Sport hat nun erneut autark entschieden, ohne die Ortsämter und Beiräte vorab zu informieren oder gar zu beteiligen, dass die derzeit 94 KOPs zukünftig einen Teil ihrer Arbeitszeit im Innendienst verrichten müssen, um den Bearbeitungsrückstau bei den Strafanzeigen abzubauen. Eine entsprechende Dienstweisung ist den Ortsamtsleitern erst einen Tag vor Beginn der neu geplanten Maßnahme am 31.07.2023 übermittelt worden.

Das bereits im rot-grün-roten Koalitionsvertrag von 2019 ausgegebene Ziel, bis Mai 2023 auf Bremens Straßen 110 Kontaktpolizisten dauerhaft einzusetzen, wurde klar verfehlt. Schon in der letzten Wahlperiode hatte Innensenator Mäurer aus selbstverursachter Personalnot darauf hingewirkt, dass die KOPs einen Teil ihrer bürgernahen Arbeit einstellen, stattdessen fachfremde Tätigkeiten verrichten mussten und die Polizei sowohl Verkehrssachbearbeiter als auch Revierleiter zu Kontaktpolizisten erklären musste.

Die KOPs sind unverzichtbarer Bestandteil der Sicherheitsstrategie Bremens für alle Stadt- und Ortsteile und sollten bei verfehlter Personalpolitik und falscher Prioritätensetzung des Senats nicht zum Lückenbüßer werden.

Der Beirat Findorff steht hinter den engagierten und hoch motivierten Kontaktpolizisten und wertschätzt ihre Arbeit für die Sicherheit im Stadtteil außerordentlich. Er sieht, anders als der Senator für Inneres und Sport, keine Veranlassung, den KOP mangelnde Arbeitsbereitschaft zu unterstellen.

(Mehrheitlicher Beschluss des Stadtteilbeirates Findorff in der Sitzung vom 19.09.2023)

Vorläufiges Protokoll

Beschluss des Stadteilbeirates Findorff

Findorff braucht die KOPs!

Der Beirat Findorff:

- fordert den Senator für Inneres und Sport beziehungsweise die Polizei Bremen auf, die Findorffer KOPs schnellstmöglich in unserem Stadteil im vollen Stundenumfang einzusetzen;
- fordert den Senator für Inneres und Sport beziehungsweise die Polizei Bremen auf, die Findorffer KOPs nicht mehr für andere Sachgebiete und nicht außerhalb Findorffs einzusetzen, wenn in anderen Bereichen der Polizei Personalnot besteht;
- fordert die Senatskanzlei und alle Senatstressorts mit den jeweiligen Behörden auf, die in § 31 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter beschriebenen Beteiligungs- und Informationsrechte unseres Stadteilparlaments nicht zu verletzen.

Begründung

Sehr kurzfristig und damit überraschend erfuhr der Beirat vom teilweisen Abzug der KOPs aus Findorff. Gerade erst waren alle Stellen besetzt und jetzt muss unser Stadteil bis Ende 2023 mit einer verringerten Präsenz zurechtkommen.

Unsere KOPs sind sehr wichtig. Sie sorgen für ein gutes Klima im Stadteil, kennen die kritischen Ecken, die Jugendlichen und ihre Sorgen und Probleme. Zudem sind schnell ansprechbar für alle und können schnell sowie unkompliziert helfen und unterstützen, bevor eine Situation eskaliert. Das ist wichtige soziale Arbeit, die nicht anders kompensiert werden kann und wird. Ein Abzug unserer KOPs, auch nur für einen Tag in der Woche, ist deshalb für uns nicht nachzuvollziehen und nicht hinnehmbar. Die mangelnde Kommunikation im Vorfeld der Maßnahme führt bei uns zu Unverständnis.

(Mehrheitlicher Beschluss des Stadteilbeirates Findorff in der Sitzung am 19.09.2023)

Vorläufiges Protokoll

Beschluss des Stadteilbeirates Findorff

Antrag an die nächste Beirätekonzferenz in 2023 der Stadtgemeinde Bremen

Der Beirat Findorff bittet die Beirätekonzferenz, das folgende Anliegen zu unterstützen:

Der Beirat Findorff bittet die Senatskanzlei, Referat 14, um Stellungnahme, welche Schritte zu welchen Terminen das Referat plant, um die Empfehlungen der AG Digitales der Beirätekonzferenz umzusetzen. Die Beiräte möchten außerdem erfahren, ob Referat 14 einen Bedarf für den zukünftigen Haushalt 2024/2025 für die Organisation von Hybrid-Sitzungen aller Beiräte anmelden wird.

Begründung:

2023 wurde der Beirätekonzferenz ein Bericht der AG Digitales vorgelegt, in dem empfohlen wird: „Die Beiräte sollten die Möglichkeit bekommen, Sitzungen zukünftig als Hybrid-Sitzungen durchzuführen, also als Präsenzsitzungen, die mittels eines technischen Systems übertragen werden und allen Statusgruppen (Beirat, Gäste, Öffentlichkeit) die Möglichkeit zur passiven und aktiven Teilnahme bieten, wenn sie dies wünschen.“ S. 5.

Da wir Beiräte aus vielen Stadtteilen aufgefordert werden, diese Möglichkeit zu schaffen, benötigen Ortsämter und Beiräte die im Bericht genannten Ressourcen, um diese Anforderung zu erfüllen.

(Einstimmiger Beschluss des Stadteilbeirates Findorff in der Sitzung am 19.09.2023)

Vorläufiges Protokoll

Beschluss des Stadteitelbeirates Findorff

Städteplanerisches Konzept zur Entlastung der Findorffer Kanalisation

Hiermit fordert der Beirat Findorff die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung auf, möglichst schnell ein städteplanerisches Konzept zur Entlastung der Findorffer Kanalisation zu entwickeln und umzusetzen, indem möglichst viel Regenwasser vor Ort aufgefangen und gespeichert wird, anstatt es zu kanalisieren und abzuleiten.

Begründung:

Bei dem Starkregenereignis vom 22.06.2023 sind hunderte Findorffer Keller vollgelaufen. Die körperlichen, psychischen und finanziellen Strapazen unserer MitbürgerInnen waren erheblich. Da in Zukunft häufiger mit Starkregenereignissen größeren Ausmaßes zu rechnen ist, muss eine Zukunftsfähigkeit entwickelt werden, um diesen bedauerlichen Zuständen entgegen zu wirken. In Findorff traf es besonders viele junge Familien und Senioren, die ohnehin schon an ihrer finanziellen Grenze wohnen. Diese gilt es in Zukunft zu entlasten, damit deren Wohnsitz in Findorff nicht gefährdet wird. Durch die Einbindung von Grünflächen und Versickerungsflächen – bei gleichzeitiger Reduzierung der versiegelten Flächen - sollen größere Wassermengen aufgenommen werden. Ferner soll im Sommer dadurch die Entstehung von Hitzeinseln vermieden und das Stadtklima verbessert werden. Begrüßenswert wäre ebenfalls die Einbindung von multifunktionalen Flächen, die die Resilienz des Findorffer Stadtkösystem fördern.

(Einstimmiger Beschluss des Stadteitelbeirates Findorff in der Sitzung am 19.09.2023)

Vorläufiges Protokoll

Beschluss des Stadtteilbeirates Findorff

Taubenfütterungsverbot für Findorff

Der Beirat Findorff fordert den Senator für Inneres auf, zu prüfen, ob ein Taubenfütterungsverbot für Findorff erlassen werden kann.

Begründung:

In vielen Großstädten, wie auch Bremerhaven, gibt es längst ein Taubenfütterungsverbot. Dabei geht es nicht um das Verhungern der Tiere, sondern mehr darum, dass die Taubenschwärme gesünder werden und das Stadtbild sich verbessert. Mit einem Fütterungsverbot, sollte eine artgerechte Fütterung sowie Kontrolle der Population durch Fachpersonal einhergehen. Weitere Maßnahmen sollten die Errichtung von Taubenhäusern sein, wo die zuvor genannten Maßnahmen stattfinden können.

(Einstimmiger Beschluss des Stadtteilbeirates Findorff in der Sitzung am 19.09.2023)

Vorläufiges Protokoll

Beschluss des Stadteilbeirates Findorff

Aufstellung einer Toilettenanlage auf dem Toleranzort Friedrich-Rauers-Straße

„Going to the Toilet When You Want: Sanitation as a Human Right“.

(Auf die Toilette gehen, wenn Sie es wollen: Hygiene als Menschenrecht)

Human Rights Watch
Menschenrechtsorganisation

Der Beirat Findorff fordert, dass auf dem neu geschaffenen „Akzeptanzplatz“ in der Friedrich-Rauers-Straße umgehend eine Toilettenanlage für die drogenkranken Menschen eingerichtet wird. Das vorhandene Pissoir ist völlig unzureichend, den hygienischen Bedürfnissen der Besucher des „Akzeptanzplatzes“ gerecht zu werden.

In der derzeitigen Situation sind diese Menschen weiterhin dazu verurteilt, ihre Notdurft in den Anlagen der umliegenden Wohngebiete zu erledigen. Das ist nicht nur für die Bedürftigen erniedrigend, sondern auch für die betroffenen Anwohner ein unhalbarer Zustand. Dieser dauerhafte Verstoß gegen das Gebot des Menschenrechts, auf den Zugang zu einer Toilette in seinem Lebensraum, kann nicht länger hingenommen werden.

Begründung:

Vor einigen Monaten ist der „Akzeptanzplatz“ in der Friedrich-Rauers-Straße eröffnet worden. Das Ziel der Einrichtung einer Toleranzfläche für die drogenkranken Menschen ist es, Bedürftigen einen geschützten Raum anzubieten, wo sie nicht schon durch den Besitz geringer Drogenmengen zum Eigenbedarf kriminalisiert werden.

Im Weiteren soll dadurch verhindert werden, dass die Bedürftigen sich in die umliegenden Wohngebiete begeben, um sich dort aufzuhalten, ihre Spritzen zu setzen oder ihre Notdurft zu verrichten. Dieses Anliegen kann aber nur dann gelingen, wenn auf diesem Platz die Mindeststandards an hygienischen Einrichtungen vorgehalten wird. Dazu zählt, dass die Besucher des „Akzeptanzplatzes“ zu jeder Zeit ihres Aufenthaltes zur Toilette gehen können, um ihre Notdurft erledigen zu können.

Das vorhandene Pissoir genügt diesen hygienischen Mindestanforderungen in keiner Weise. Die Drogenkranken sind weiterhin dazu verdammt, ihre Notdurft in den Anlagen der angrenzenden Stadtteile zu erledigen. Das kann nicht länger hingenommen werden und muss umgehend geändert werden.

(Einstimmiger Beschluss des Stadteilbeirates Findorff in der Sitzung am 19.09.2023)

Vorläufig

Beschluss des Stadteitelbeirates Findorff Änderung der Geschäftsordnung

Der Beirat beschließt die folgende Änderung der Geschäftsordnung des Stadteitelbeirates Findorff:

§ 3 Durchführung der Sitzung

[...]

„(3) Sitzungen des Beirates sowie die Fachausschüsse sollten in erster Linie im Stadteitel Findorff und hybrid durchgeführt werden.“
[...]

Begründung:

Der Beirat möchte den AnwohnerInnen ermöglichen, an Sitzungen in Räumen im Stadteitel oder an Hybridsitzungen in der eigenen Wohnung teilzunehmen.

In einem vorab durchgeführten Arbeitstreffen der Fraktionssprecher wurden weitere Änderungswünsche behandelt. Diese werden nicht beantragt.

Der Beirat wurde darauf hingewiesen, dass die Geschäftsordnung den Beirat bindet und nicht das Ortsamt und dass das Ortsamt dennoch aus eigenem Antrieb die gewünschte Durchführung im Stadteitel und in hybrider Form bereits umsetzt, sofern dieses sinnvoll und durchführbar ist.

Der Beirat wird darauf hingewiesen, dass der Antrag nicht in Antragsform vorliegt.

Der Beirat nimmt beide Hinweise zur Kenntnis und stimmt über den Antrag ab.

Der Antrag wird mit 13 Zustimmungen und einer Enthaltung beschlossen.

Mehrheitlich zugestimmter Antrag in der Sitzung am 19.09.2023

Vorläufiges Protokoll

Neue Psychiatrie im Bremer Westen und das Zentrum für seelische Gesundheit mit integriertem Krisenort

Kurzfassung



AK "Neue Psychiatrie im Bremer Westen"
der Blauen Karawane e.V.

***„Ich freue mich auf die Umsetzung des Konzepts,
weil das bedeutet, dass der Zugang zu Hilfsangeboten viel leichter wird
als im Klinikum Bremen-Ost.“***

Arnolde Trei-Benker, Genesungsbegleiterin

Gefördert von:

**Die Senatorin für Gesundheit,
Frauen und Verbraucherschutz**



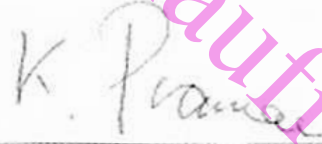
**Freie
Hansestadt
Bremen**

Impressum: Blaue Karawane e.V., AK Neue Psychiatrie im Bremer Westen

Eigenverlag, Bremen 2023

Zukunftskonzept für eine regionale psychiatrische Behandlung und Betreuung am Beispiel Bremen-West

Bremen, den 29.11.2017



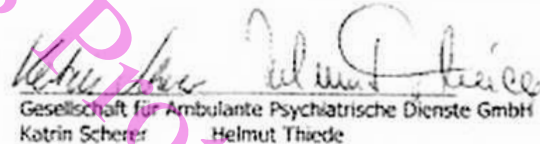
Blaue Karawäne e.V.
Klaus Premann




Bremer Werkgemeinschaft GmbH Lutz-Uwe
Dünwald



Initiative zur Sozialen Rehabilitation e.V.
Heidi Mergner Sven Bechtolf



Gesellschaft für Ambulante Psychiatrische Dienste GmbH
Katrin Scherer Helmut Thiede



m|c Martinsclub Bremen e.V.
Thomas Bretschneider



Sozialwerk der Freien Christengemeinde Bremen e.V.
Dr. Matthias Bonkowski

Beschluss des Beirates Findorff

Der Beirat Findorff fordert die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz auf, die Umsetzung des „Modellkonzepts zur regionalen psychiatrischen Behandlung und Betreuung von Menschen mit schweren akuten und chronischen psychischen Erkrankungen sowie komplexem Hilfebedarf im Bremer Westen aktiv voranzutreiben.

Das Modellkonzept fußt auf dem einstimmig gefassten Bürgerschaftsbeschluss vom 13.01.2013 zur Weiterentwicklung der Psychiatriereform. Seine Umsetzung erfordert u.a.

- einen generellen Paradigmenwechsel von der stationären zur ambulanten Versorgung,
- den Ausbau ambulanter, lebensweltbezogener Versorgungsstrukturen,
- den gleichzeitigen Abbau stationärer Angebote,
- die Schaffung eines regionalen Psychiatriebudgets
- eine verbindliche trägerübergreifende Kooperation, die sowohl die Kliniken, Heime und Tagesstätten als auch das Behandlungszentrum West, die GAPSY und weitere Akteure einbezieht,
- die Einrichtung eines Zentrums für Seelische Gesundheit.

Der Beirat Findorff sieht durch die Schaffung der im vorliegenden Modellkonzept beschriebenen Leistungsangebote die notwendige Gesundheitsversorgung der Bevölkerung des Bremer Westens gewährleistet.

Bremen, den 26.06.2018

Home Treatment

- Zu behandelnde Personen werden in ihrem gewohnten häuslichen und sozialen Umfeld versorgt
- Setzt den Umbau des „bettenorientierten“ zu einem „lebensumfeldorientierten“ System voraus

Sozialraumorientierung

- Sichtweise, die sich auf die betreffende Person und deren soziale Kontakte richtet
- Ausrichtung auch auf das räumliche, soziale Umfeld (z.B. den Stadtteil)

Offener Dialog

- Weise des Sich-in-Beziehung-Setzens
- Verzicht auf vorschnelle Diagnosen, Entscheidungen und Versuche, die erkrankte Person ändern zu wollen
 - Respekt vor dem Anderssein des Gegenübers
 - Begegnung auf Augenhöhe
- Alle Teilnehmenden werden als Expert*innen für die eigene Lebenserfahrung ernst genommen

Zentrum für seelische Gesundheit

- Modul 1 Mobiler Kriseninterventionsdienst (KID)
- Modul 2 Tagesklinik (mit Nachtcafé)
- Modul 3 Krisenbetten
- Angegliedert als Modul 4 ist ein Begegnungsort (offen für Alle)

-> Home Treatment, Bezugspersonensystem und Behandlungskontinuität

Modul 1 Mobiler Kriseninterventionsdienst (KID)

- Home Treatment
- an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr erreichbar und mobil
- kurzfristige Unterstützung für Menschen in akuten Krisen
- Vermeidung stationärer Aufenthalte
- Nach dem Ende der Krise begleiteter Übergang ins Modul 2

Modul 2 Tagesklinik (mit Nachtcafé)

- Home Treatment
- an 365 Tagen im Jahr erreichbar
- langfristige kontinuierliche Behandlung von psychisch erkrankten Menschen und für Menschen mit komplexem Hilfebedarf.
- Angebot vor Ort

Modul 3 Krisenbetten

- 18 stationäre psychiatrische Betten (Krisenort)
- Für Menschen, die zeitweise nicht in ihrem Lebensumfeld behandelt werden können.

Modul 4 Begegnungsort

- Ergänzung zum strukturellen Aufbau des ZfsG
- inklusiver Treffpunkt für Begegnung, Kommunikation und Beschäftigung
- Café
- Multifunktionsräume für Bewegungs-, und Kreativangebote, Seminare, Vorträge, Musik u.v.m.
- Außenbereich mit Garten und Aufenthaltsorten

Partizipation und das ZFSG

- Partizipation: aktives Mitgestalten, Teilhaben, Beteiligtsein
- Alle Menschen, die betroffen sein könnten, sollen die Möglichkeit haben, an der Entwicklung und Gestaltung des ZFSG teilzunehmen



Google Earth

© 2021 Google

Blaue
Karawane



FORUM L MACHBARKEITSSTUDIE

ERSTELLUNG EINER
MACHBARKEITSSTUDIE

**ZENTRUM FÜR
SEELISCHE GESUNDHEIT**



Vorläufiges Protokoll

AUSSAGEN ZUR VERNETZUNG MIT INTERESSIERTEN

SOZIALER ORT

LISTE INTERESSIERTER AM PARTIZIPATIONSPROZESS

- Turmwirt Bremen Walle 1825 e.V.
- Blaue Karawane e.V.
- FOKUS, Zentrum für Bildung und Teilhabe
- FUMS United - inklusiver Fußballverein
- LAGS – Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen Bremen e.V.
- Waller Geschäftsleute e.V.
- Kulturenwerkstatt Bremen
- Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Bremen e.V.
- Institut für Architektur und Städtebau der Hochschule Bremen
- Beirat Walle
- Angehörigenvertretung
- Hafen-KBischnack e.V. – das Netzwerk der Überseestadt
- Quartiersmeisterei Walle
- Fabrik der Gesundheit
- Kulturhaus Walle Brodelpott e.V.
- EXIA e.V. Expert*innen Partnerschaft im Trialog, Genesungsbegleitung in Bremen
- Gewerbe
- Blaumeier e.V.
- Freie Träger z.B. Martinclub, Initiative zur sozialen Rehabilitation u.a.
- Ortsamt Bremen West
- Quartiersmanagement
- Überseekirche mit Überseewiese der evangelischen Kirche

AUSSAGEN VERKEHRLICHE VERNETZUNG



Das Grundstück zwischen Hafenstraße 49 und 43 in der Überseestadt in Bremen ist sehr gut in den öffentlichen Nahverkehr eingebunden. Es gibt mehrere Straßenbahn- und Buslinien, die in der Nähe des Grundstücks verkehren und eine bequeme Anbindung ermöglichen.

Die Straßenbahnlinien 3 und 5 sind nur wenige Gehminuten entfernt und bieten eine direkte Verbindung zu verschiedenen Stadtteilen und wichtigen Knotenpunkten wie dem Hauptbahnhof und der Innenstadt.

Zusätzlich verkehren mehrere Buslinien in der Umgebung, darunter die Linien 26 und 28, die weitere Möglichkeiten zur Fortbewegung bieten.

AUSSAGEN Erschließung (alternativ)



Um das Grundstück ohne den großen Höhenunterschied zwischen Hafenstraße und Grundstücksterrain zu erreichen, besteht die Alternative, über die stillgelegte Bahntrasse im Norden des Grundstücks zu fahren. Das ehemalige Gleisbett überquert eben im nördlichen Bereich die Straße Überseetor.

Diese Erschließung hätte den großen Vorteil, unabhängig von der nachbarschaftlichen Nutzung des gemeinsamen Grundstücks zu sein. Die zwingende Umfahrung auf dem Gelände des Zollamtes ermöglicht die Ein- und Ausfahrt von größeren Lastzügen. Daher ist eine parallele Nutzung dieser Zuwegung stets mit Störungen und Beeinträchtigungen verbunden.

Die Erschließung des Grundstückes, einschl. der Einbindung des Überwegungsrechtes für das Grundstück "Hornung" auf der alten Bahnstraße erscheint eine gute Alternative zu sein. Eine Beeinträchtigung sämtlicher Stellplätze auf dem Grundstück von Bremenports / Zollamt wird somit umgangen. Zudem ist eine sehr aufwendige und höhentechisch schwierige Erschließung von der Hafenstraße vermeidbar. Weiterhin kann somit die Anbindung des Grundstückes an die Mitte der Überseestadt mit der Achse, Hafenstraße, gegenüber dem Ahoy-Hochhaus, und Überseetorstraße erfolgen.

VARIANTE 3

Zentrum für seelische Gesundheit Bremen

Durch den baulichen Rücksprung des südlichen Gebäudeteils (Modul 3) entsteht ein Vorplatz, der den Besucher:innen als Raum zum Ankommen und den Bewohner:innen als öffentlicher Freibereich mit Aufenthaltsmöglichkeit dient. Der Vorplatz kann durch die Wiedereröffnung des nahegelegenen Tunnels zur Bremer Wied an Bedeutung gewinnen. Der rückwärtig gelegene Außenbereich des Modul 3 erhält durch die städtebauliche Aufweitung einen privaten Charakter. Dieser bildet den Gegensatz zum großen und offenen Innenhof, der den Nutzenden der Module 1, 2 und 4 vorbehalten ist. Das Erdgeschoss des Modul 3 springt baulich zurück und bietet einem vom gegenüberliegenden Gebäudeensemble uneinsehbaren und überdachten Unterstand Platz. Das Staffelgeschoss mit seinem Außenbereich samt Pergola bietet den Bewohner:innen ebenfalls Intimität. Über eine alternative Zufahrt kann vom Überseetor aus kommend ein weiterer Parkplatz, der sich im Nordosten befindet, erschlossen werden. Dieser bietet mit seinen acht Stellplätzen den Besucher:innen und Bewohner:innen Platz.

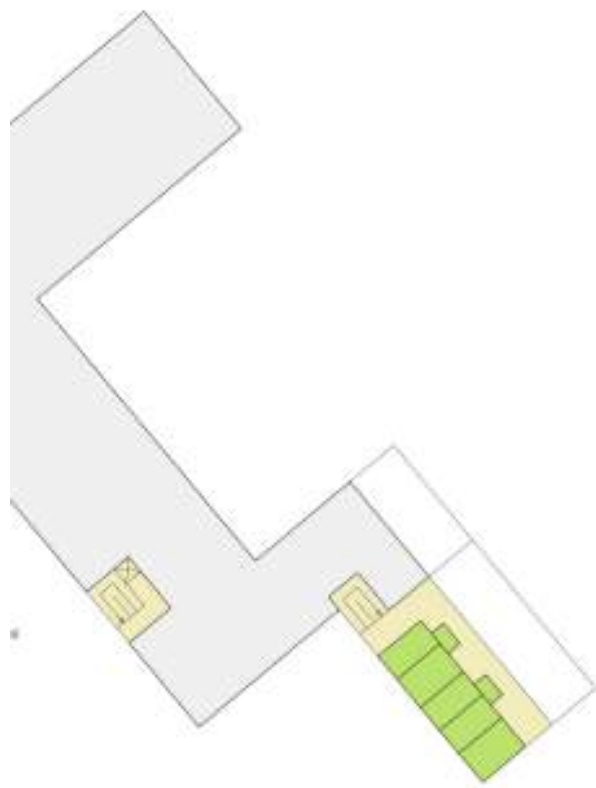
Bis auf den Treffpunkt (Modul 4) können alle Module von der Hafenstraße aus erschlossen werden.



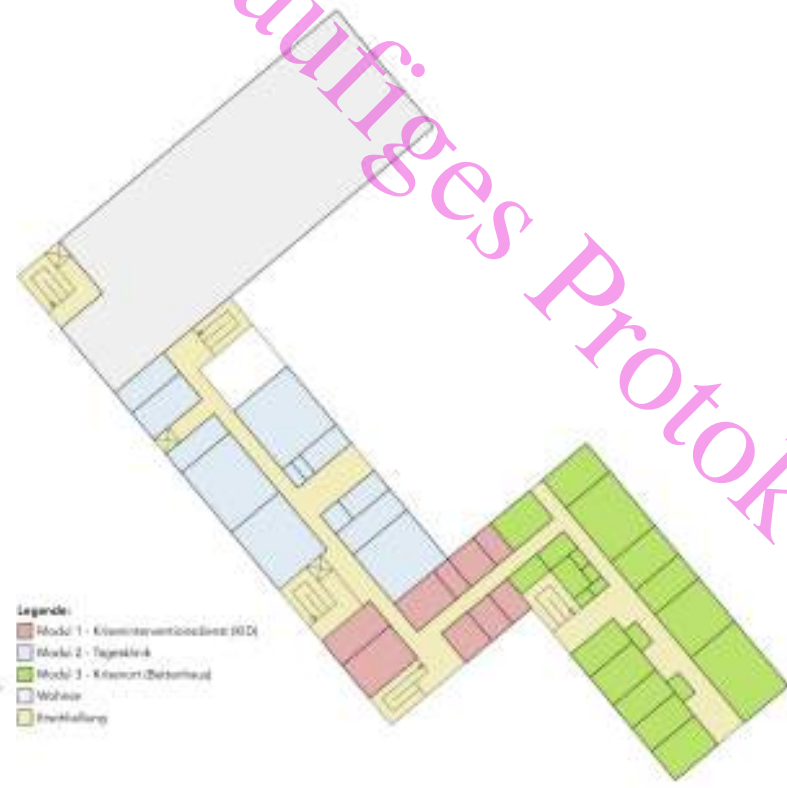
SCHEMATA

Geschosse des Zentrums
für seelische Gesundheit

Vorläufiges Protokoll



- Legende:
- Modul 1 - Kriseninterventionsbüro (KI)
 - Modul 2 - Tagesklinik
 - Modul 3 - Krisenort (Betreiberhaus)
 - Wohnort
 - Freizeithaltung



- Legende:
- Modul 1 - Kriseninterventionsbüro (KI)
 - Modul 2 - Tagesklinik
 - Modul 3 - Krisenort (Betreiberhaus)
 - Modul 4 - Treffpunkt
 - Freizeithaltung

VARIANTE 3.1 EG

Zentrum für seelische Gesundheit Bremen-West

Die Erschließung der Module 2 und 1 erfolgt über eine Treppe (Modul 2 mit Aufzug), die sich im Gebäude befindet und den Höhenunterschied zur Hafenstraße überwindet. In der Tagesklinik (Modul 2) schließt ein großzügiges Foyer an, welches sich zur Hofseite über zwei Geschosse erstreckt. Auf dieser Seite schließen ein (Nacht-)Café, Ruhebereiche (offen und geschlossen), Sanitär- und Kreativräume an. Zur Hafenstraße gelegen sind Dienstzimmer, Tagesräume sowie Besprechungs- und Putzmittelraum. Im darüberliegenden Obergeschoss befinden sich ein weiteres Dienstzimmer, Untersuchungs-, Essens- sowie Aufenthalts- und Besprechungsraum. Auf der Hofseite sind ein Gruppen- und Entspannungsraum samt Ruhebereiche (offen und geschlossen) sowie Bad und Sanitärräume positioniert.

Der Kriseninterventionsdienst (Modul 1) ist zwischen Modul 2 und 3 gelegen und von diesen schnell zu erreichen. Das einladende Empfangsbüro sowie Kundencenter (Empfang) erwartet den Nutzenden direkt am oberen Ende der Eingangstreppe.



VARIANTE 3.1 OG

Zentrum für seelische Gesundheit Bremen-West

Ein Dienstzimmer und Untersuchungs- und Sanitär-
räume liegen in unmittelbarer Nähe. Im Oberge-
schoss ist ein Besuchs- und Besprechungsraum,
Ruheräume sowie Abstell- und Putzmittelraum ge-
legen. Weiterhin befinden sich an der Hafenstraße ein
Essens- und Aufenthaltsraum.

Der baulich im Süden anschließende Krisenort (Modul
3) ist für Patient:innen, die einem längeren Aufenthalt
im Zentrum für seelische Gesundheit wahrnehmen,
bestimmt. 18 Betten, verteilt auf 13 Zimmer, stehen
für ihre Beherbergung zur Verfügung. Ein trockener
und uneinsehbarer Unterstand schützt vor ungewoll-
ten Blicken der gegenüberliegenden Gebäude. Ein
Aufenthalts- und Essensraum haben über eine Ter-
rassen direkten Zugang nach draußen. Das Em-
pfangsbüro ist vom Eingangsbereich (Foyer) einseh-
bar und liegt in unmittelbarer Nähe zum Untersuch-
ungs- sowie Bereitschafts- und Besprechungsraum.
Es folgt Dienstzimmer und Bad. Ein Putzmittel- und
Abstellraum sind um die vertikale Erschließung posi-
tioniert.



VARIANTE 3.1 DG

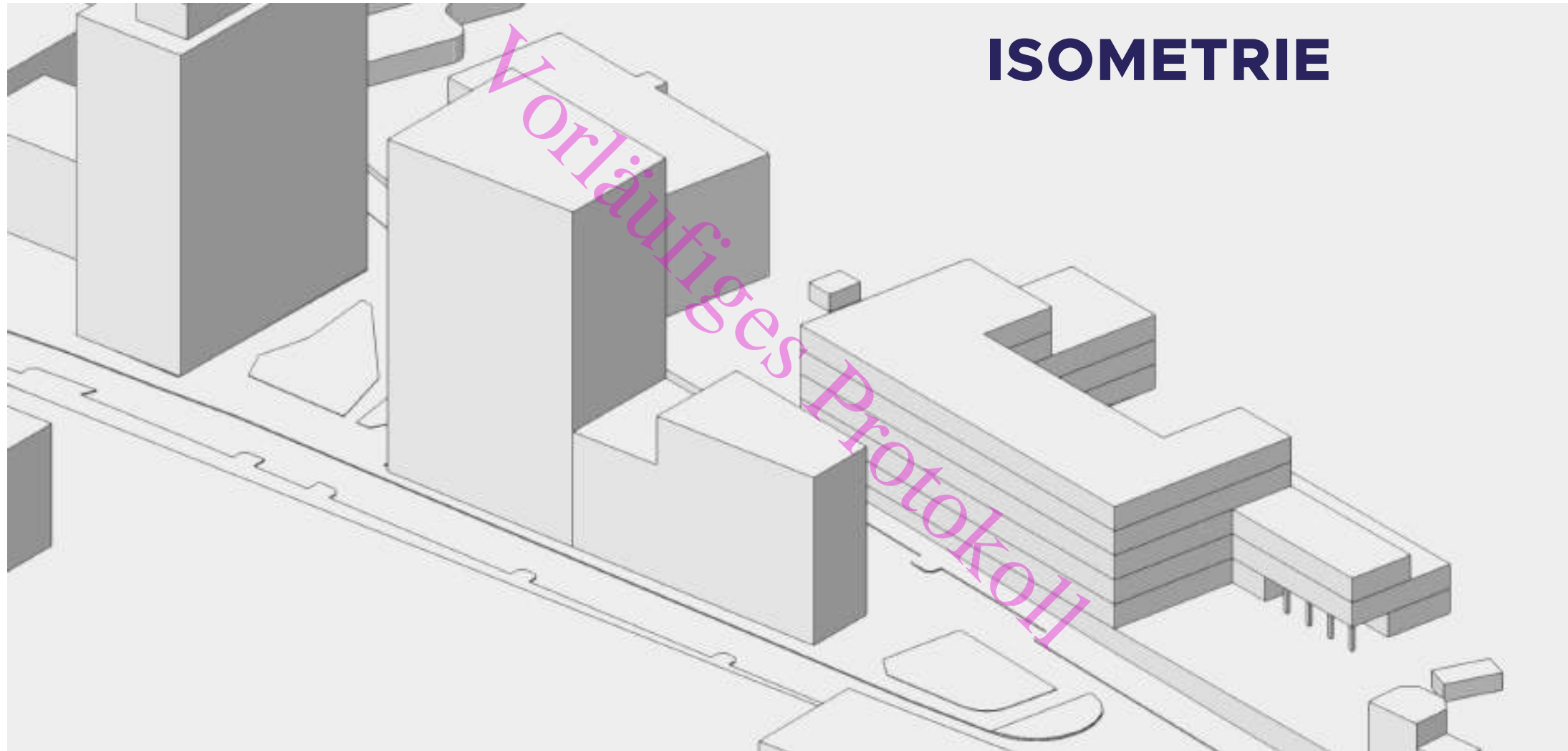
Zentrum für seelische Gesundheit Bremen-West

Im 1. Obergeschoss sind nach Südwesten ausgerichtete Patientenzimmer samt privaten Sanitär-bereichen gelegen. Auch hier finden sich ein Aufenthalts- und Essensraum sowie ein Besucherzimmer. Ein Bereitschafts- und separater Besprechungsraum bieten Platz für das Personal. Am Treppenraum sind Putzmittel-, Fäkalien und Sanitarräume untergebracht. Im 2. Obergeschoss sind weitere Patientenzimmer sowie eine nach Nordosten ausgerichtete Dachterrasse samt Pergola zu finden.

Der Treffpunkt und Begegnungsort (Modul 4) befindet sich im nördlichen Teil des Gebäudeensembles und kann über die Passage erschlossen werden. Drei große Veranstaltungsräume, die mittels Trennwand mit einander verbunden werden können, bieten Platz für vielfältige Nutzungsmöglichkeiten. Dabei verfügt ein Raum über eine angeschlossene Küche samt Tresen und kann als Café mit Außenbereich genutzt werden. Des Weiteren sind zwei Übernachtungs- sowie Sanitarräume hier verortet. Zwei zur Hafensstraße gelegene Büroräume runden das Raumangebot ab.



ISOMETRIE

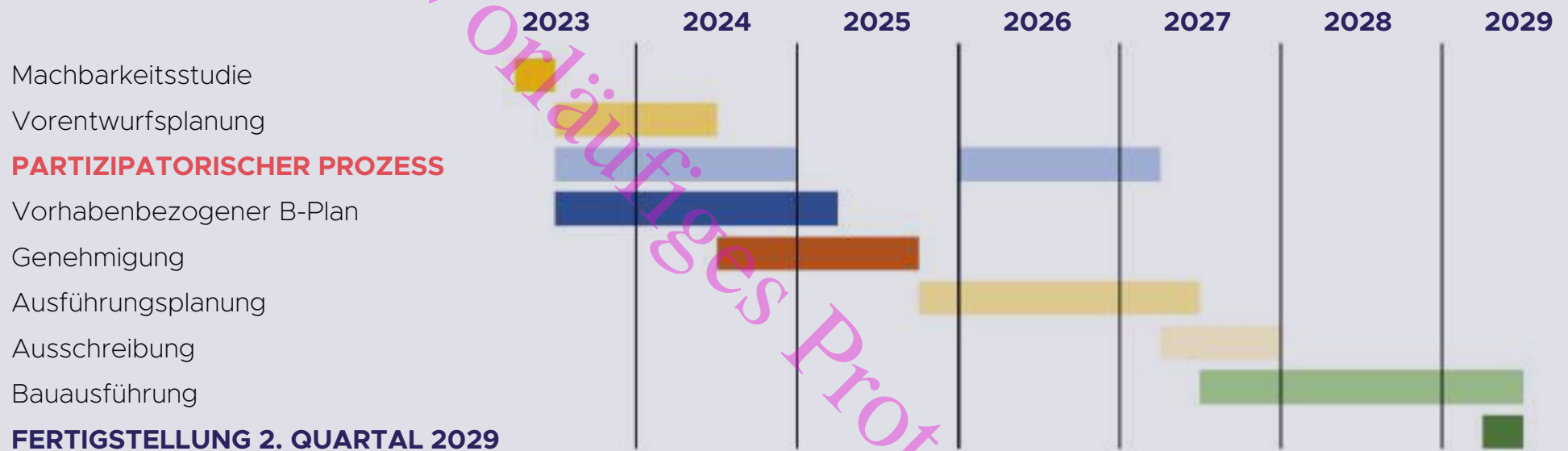


KOSTENÜBERBLICK

	Bezeichnung	Menge	Einheit	EP (netto)	GP (netto)	GP (brutto, gerundet)
100	Grundstück keine Angaben	0,00	m ² (GF)			
200	Vorbereitende Maßnahmen (*1)	2.366,82	m ² (GF)	18,00 €	42.602,76 €	51.000,00 €
300	Bauwerk - Baukonstruktion (*2)	3.299,83	m ² (BGF)	1.762,00 €	5.814.300,46 €	6.920.000,00 €
400	Bauwerk - Technische Anlagen (*2)	3.299,83	m ² (BGF)	410,00 €	1.352.930,30 €	1.610.000,00 €
500	Außenanlagen und Freiflächen (*2)	3.909,85	m ² (AF)	190,00 €	742.871,50 €	885.000,00 €
600	Ausstattung und Kunstwerke (*2)	3.299,83	m ² (BGF)	39,00 €	128.693,37 €	154.000,00 €
700	Baunebenkosten (*2) 25% der Gesamtkosten KG 200-600	3.299,83	m ² (BGF) 25 %	612,26 €	2.020.349,60 €	2.405.000,00 €
	Gesamtkosten Neubau (brutto) (*2)					12.025.000,00 €
	zzgl. Mehrwertsteuer		19 % von			1.923.000,00 €
	Gesamtkosten Neubau (netto)					10.102.000,00 €

Legende: *1) inkl. Wohnen
*2) exkl. Wohnen

ZEITPLAN BEARBEITUNG



Bei den notwendigen Arbeitsschritten, die bis zur Fertigstellung durchgeführt werden müssen, ergibt sich ein voraussichtliches Zeitfenster bis Mitte 2029. Aus unserer Sicht ist ein Zeitfenster bis Mitte 2029 realistisch und machbar. Hierbei sind auch eventuelle Verzögerungen bereits einkalkuliert. Zum Gelingen dieses Prozesses gehört auch eine partizipatorische Begleitung und Einmischung, die ebenso in diesem Zeitfenster eingeplant ist.

Die Stadtteilbeiräte Walle, Findorff und Gröpelingen haben sich in ihren Beiratssitzungen im September das im Rahmen eines partizipatorischen Prozesses erstellte aktuelle Konzept des Zentrums für seelische Gesundheit vorstellen lassen.

Der Bedarf nach psychiatrischer Betreuung im Bremer Westen ist weiterhin hoch und wird durch die Auswirkungen von Corona sowie das Kriegs- und Fluchtgeschehen in Europa noch verstärkt. Der schnellstmögliche Ausbau der psychiatrischen Versorgung ist in aller Interesse.

Durch das Konzept gemäß der von der Bürgerschaft beschlossenen Weiterentwicklung der Psychiatriereform mit dem Paradigmenwechsel von der stationären hin zur ambulanten Betreuung, kann Menschen mit Unterstützungsbedarfen unkomplizierter und schneller geholfen werden als bisher.

Die Beiräte sind sich einig, dass eine solche ambulante Einrichtung im Bremer Westen und bremenweit als wesentliches Element der Gesundheitsversorgung dringend benötigt wird und fordern daher den Senat, insbesondere die Senatorin für Gesundheit auf, die weitere Ausbauplanung am Standort Hafenstraße organisatorisch, politisch und finanziell zu unterstützen, damit kurzfristig die Planungen fortgeschrieben werden können und der Zeitplan zur Realisierung eingehalten werden kann.

Öffentliches Protokoll